

Zuerst das Geschäft, dann die Moral

Für Donald Trump sind die Sanktionen gegen Russland ebenso verhandelbar wie die Chinapolitik

Martin Suter

New York Prinzipien interessieren ihn nicht – Business ist alles. In einem Interview mit dem «Wall Street Journal» hat Donald Trump angedeutet, dass für ihn die ganze US-Aussenpolitik zur Debatte steht, wenn er nächsten Freitag Amerikas neuer Präsident wird.

Die von Barack Obama im Dezember verhängten Sanktionen gegen Russland sind in Trumps Bereitschaft zu Deals eingeschlossen. Zwar sagte der Präsident elect, er wolle vorderhand an den Massnahmen festhalten, die Wladimir Putin für die russische Einmischung in die US-Präsidentenwahlen bestrafen sollen. Doch dann fragte Trump: «Wenn man miteinander auskommt und Russland uns wirklich hilft, warum sollte dann irgendjemand Sanktionen wollen, wenn jemand wirklich grosse Dinge tut?»

Auch für das strategisch ebenso wichtige Verhältnis der USA zu China sieht Trump tiefgreifende Veränderungen vor. «Über alles wird verhandelt, auch Ein-China», sagte er. Mit diesem Ausdruck wird die seit 1979 geltende US-Politik bezeichnet, die trotz der Allianz mit Taiwan offiziell bloss ein China anerkennt.

Sexorgien, Wahlmanipulation und gute Russlandkontakte

Im neuen Interview drohte er zusätzlich damit, China als Währungsmanipulator zu brandmarken. Die Chinesen entwerteten ihre Währung absichtlich, behauptete Trump. «Unsere Unternehmen können nicht mit ihnen konkurrieren, weil unsere Währung stark ist, und das killt uns.»

In Washington ist Trumps Verhältnis zu Russland jedoch mit Abstand das brisanteste aussenpolitische Thema. Bei den Demokraten steigerte sich im Verlauf der Woche die Entrüstung darüber, dass nach ihrer Ansicht Putins Störmanöver die Niederlage Hillary Clintons herbeiführten. Hinzu kam die Enthüllung eines dubiosen Geheimdossiers über behauptete Russlandkontakte Trumps im Jahr 2013, Sexorgien eingeschlossen. Der zukünftige Präsident wehrte sich in einer



Wankelmütig: Donald Trump in der Lobby des Trump Tower in New York

Foto: AP/Keystone

Sind Wirtschaftsführer die besseren Politiker?

Donald Trump hat sich den Wählern vor allem mit seinen Qualitäten als Wirtschaftsführer empfohlen. **Noch nie gab es so viele Konzernchefs in einer US-Regierung.** Trump will die USA mit den gleichen Rezepten «wieder gross machen», die in der Wirtschaft Erfolg versprechen. Aber kann man ein Land wie ein Unternehmen führen? Und sind ehemalige Konzernchefs wirklich die besseren Exekutivpolitiker?

Dieser Frage ging Florian Neumeier, Ökonom am Ifo-Institut in München, in einer kürzlich veröffentlichten Studie nach. Dazu untersuchte er die Leistung von 446 Gouverneuren in den US-Gliedstaaten zwischen 1960 und 2009. Tatsächlich schnitten die Ex-Konzernchefs in Bezug auf wirtschaftliche Aspekte deutlich besser

ab als die traditionellen Politiker: **Sie erreichten höhere Pro-Kopf-Einkommen**, weniger Arbeitslose, weniger Ungleichheit und eine stärkere Kapitalbildung. Und je länger sie im Amt waren, desto stärker waren diese positiven wirtschaftlichen Wirkungen.

Der Vertrauensvorsprung der US-Wähler und die positive Stimmung an den Aktienbörsen scheint also eine gewisse Berechtigung zu haben. **Geschäftserfahrung kann ein Vorteil sein.** Allerdings lässt sich die Leistung eines Präsidenten nicht allein an wirtschaftlichen Resultaten messen. Und Beispiele wie Silvio Berlusconi in Italien zeigen, dass unternehmerische Fähigkeiten allein für eine erfolgreiche Präsidentschaft bei weitem nicht ausreichen.

Armin Müller

Medienkonferenz zwar wirkungsvoll gegen die Anschuldigungen. Doch sein Ruf erlitt zusätzlichen Schaden.

Tillerson oder Mattis stehen für berechenbare Aussenpolitik

In der Folge sagte als erstes Kongressmitglied der Bürgerrechtler John Lewis am Freitag, er betrachte Trump nicht als legitimen Präsidenten. «Ich glaube, die Russen halfen mit, diesen Mann zu wählen», sagte er. «Das ist nicht richtig, das ist nicht fair.»

Für Lewis als Schwarzen ist besonders stossend, dass Trump einer der führenden «Birther» war, die mit Hinweis auf die angeblich fehlende Geburtsurkunde Obamas Legitimität als Präsident in Zweifel zogen. Mit rund einem halben Dutzend weiterer Kongressmitglieder will Lewis Trumps Amtseinführung am Freitag fernbleiben.

Die russlandfreundliche Linie bringt aber nicht nur Demokraten gegen Trump auf. John McCain und Lindsey Graham, zwei republikanische «Falken» im US-Senat, haben zusätzliche Sanktionen gegen Russland angekündigt.

Ein dritter Entspannungsgegner ist Senator Marco Rubio, den Trump im Wahlkampf als «Little Marco» verhöhnte. Rubio befragte den designierten Aussenminister Rex Tillerson vor dem Senatsausschuss aggressiv zur Menschenrechtslage in Russland. Er behält sich vor, allenfalls gegen Tillerson zu stimmen, was dessen Bestätigung gefährden könnte.

Weil der Russlandskanal die Schlagzeilen beherrschte, gingen die Anhörungen der Kabinettskandidaten reibungsarm über die Bühne. Tillerson und der zum Verteidigungsminister bestimmte General James Mattis vertraten eine nüchtern-konservative Aussenpolitik. Falls sie sich Geltung verschaffen können, wäre für eine gewisse Berechenbarkeit der US-Aussenpolitik gesorgt.

Der Kongress packte auch schon das grösste innenpolitische Thema an. Sowohl Senat wie Repräsentantenhaus legten ein prozedurales Fundament, um die Obamacare-Gesundheitsreform rasch rückgängig machen zu können.

Kommentar — 19

«Schwarzer Alarm» bei britischen Krankenhäusern

Die Spitäler können den Ansturm der Patienten nicht mehr bewältigen. Sparkurs und Wintereinbruch sorgen für eine Krise im Gesundheitswesen

London Ein kleines Missgeschick an einem Freitagabend reicht. Ein Kind fällt vom Velo. Ein Arm schwillt böse an. Der Hausarzt ist nicht da, und die Versorgungsstelle für leichte Verletzungen im Viertel hat bereits geschlossen. Also bleibt nichts anderes übrig als der Gang zum A&E.

Das A&E steht für Accident & Emergency, die Notaufnahme in englischen Spitälern. Aber an einem Freitagabend im Januar braucht man sie besser nicht. Die A&E sind hoffnungslos überfüllt. Die Sitzplätze reichen nicht für alle, die aus der Kälte hereindrängen. Auf «längere» Wartezeiten müsse man sich einstellen. «Länger» kann

ziemlich lang bedeuten. Vier Stunden gelten als Richtwert für maximale Wartezeit, der trotzdem oft überschritten wird. Vorige Woche berichteten die Zeitungen von mehreren Fällen, bei denen Patienten in Spitalgängen starben, nachdem ihnen kein regulärer Dienst zur Verfügung stand.

Das Problem ist nicht neu. Der National Health Service (NHS), das staatliche Gesundheitswesen, ist notorisch unterfinanziert. Die NHS-Leistungen sind kostenlos. Nur eine kleine Minderheit leistet sich eine private Zusatzversicherung.

Umso schwerer fällt ins Gewicht, dass der NHS seine Aufgabe

nicht mehr zu bewältigen vermag. Nicht zuletzt sechs Jahre scharfe Sparpolitik der Regierung haben zu einem katastrophalen Belegstau geführt. Für den Stau verantwortlich sind häufig der akute Mangel an Alters- und Pflegeplätzen und der im Zeichen der Austerität erzwungene Abbau kommunaler Hilfe. Häuser bleiben ungeheizt, weil die Rente nicht reicht. Und im Januar, in den härtesten Winterwochen, steigt die Zahl der Hilfesuchenden ohnehin zusätzlich.

Weil aber der NHS schon im Vorjahr an die Grenzen des Möglichen gestossen ist, wird er nun, zu Anfang des neuen Jahres, mit dem Ansturm nicht mehr fertig.

Vier von zehn NHS-Bezirken in England haben vorige Woche «klinischen Notstand» gemeldet. 30 Krankenhäuser mussten sogar «schwarzen Alarm» geben. Sie konnten die Sicherheit ihrer Patienten nicht mehr garantieren. Operationen mussten abgesagt, Ambulanzen umgeleitet, Notquartiere in Büroräumen aufgeschlagen werden.

Premier May verspricht Reformen, aber nicht mehr Geld

Rund 500 auf Pritschen abgelegte Patienten haben in der letzten Woche länger als zwölf Stunden auf ein Bett warten müssen. Das Foto eines Kindes machte die Runde,

das auf zwei zusammengeschobenen Stühlen schlief. Als ein Frischoperierter aus dem OP zurückkam, war sein Bett auf der Station schon wieder belegt. Das Rote Kreuz ist so entsetzt von den Zuständen, dass es sie als «humanitäre Krise» einstuft.

Davon will Premierministerin Theresa May aber nichts wissen. Sie hat eine «Reform» des NHS in Aussicht gestellt, nicht mehr Betten und Gelder. Der NHS ist in diesem Januar zur heissesten politischen Kartoffel geworden im Königreich. Schon fragt der Verband britischer Krankenhäuser nicht mehr, wie er mit seinen Ressourcen durch diesen Winter

kommen soll. Er geht davon aus, dass für den NHS inzwischen «das ganze Jahr über Winter ist».

In vielen A&E-Stationen geht nichts mehr. Die Regierung erwartet von jeder Gemeinschaftspraxis im Lande, dass sie künftig zwölf Stunden am Tag und sieben Tage die Woche offen halte, um der Lage Herr zu werden. Mitarbeitern des Ambulanzdienstes ist mitgeteilt worden, sie dürften für Unterbrechungen ihrer halbstündigen Mittagspause durch Notrufe nicht länger mit Zulagen rechnen. Nachts steht die Krankenwagenflotte der Nation sowieso keine Minute mehr still.

Peter Nonnenmacher